

Informationspflicht gemäß Artikel 13 EU-DSGVO für Dienstleister und deren Beschäftigten (EU-Datenschutzverordnung)

Nach den Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir dazu verpflichtet, Sie umfassend über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch unser Haus aufzuklären. Im Folgenden möchten wir der Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO nachkommen. Wir bitten Sie bzw. verpflichten Sie hiermit, Ihre Mitarbeiter/innen, die bei Ihnen eingesetzt werden oder Leistungen für Sie erbringen, bei denen personenbezogene Daten im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden können, entsprechend zu informieren.

Namen, Kontaktdaten des Verantwortlichen

Die Verantwortung für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für Dienstleister und deren Beschäftigten hat:
MEDAGENT GmbH | Griesweg 47 | D-78570 Mühlheim

Kontaktinformationen des Beauftragten

siehe oben, Kontaktinformationen des Verantwortlichen
E-Mail: datenschutz@ortho-select.de

Welche Daten / welche Art von Daten werden erhoben und verarbeitet?

Im Rahmen der Geschäftsbeziehungen (z. B. Auftragsabwicklung) mit unserem Haus können neben Adress- und Kontaktdaten auch Daten von Mitarbeiter/n/innen ihres Unternehmens verarbeitet werden. Das können, je nach Aufgabenstellung, Name, Adress- und Kontaktdaten (z. B. Mobiltelefonnummer, E-Mail-Adresse, ...) und/oder Bankverbindungsdaten sein.

Verarbeitungszwecke

Ihre Daten bzw. die Daten ihrer Mitarbeiter/innen werden ausschließlich im Rahmen der konkreten Geschäftsbeziehung (z. B. Auftragsabwicklung) verarbeitet. Darunter fallen erforderliche Daten die zur schriftlichen/elektronischen Nachweisführung im Zusammenhang mit der beauftragten Aufgabenausführung sowie zu fiskalischen Prüfzwecken notwendig zu verarbeiten sind.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Basis der gesetzlichen Vorgaben. Dazu zählen konkrete Gesetze, die uns zur Verarbeitung ihrer Daten verpflichten oder diese erlauben sowie ggf. individuelle Einwilligungen. Vorgaben für die Gestaltung von Einwilligungen ergeben sich aus den einschlägigen Datenschutzgesetzen.

Nachfolgend werden Rechtsgrundlagen (auch gesetzliche Vorgaben) aufgeführt. Weil aus diversen Rechtsgrundlagen viele einzelne Passus bzw. Artikel und Paragraphen ziehen, wird hierzu teilweise nur allgemein hingewiesen.

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), hier insbesondere vertragsrechtliche Teile. EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hier insbesondere Kapitel 1-3. Bundesdatenschutzgesetz (BDSG neu); hier insbesondere Teil 1-2. Weiterer Vorschriften/Rechtsgrundlagen: Medizinproduktegesetz, Verträge zur Auftragsverarbeitung.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre Daten werden ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben weitergeleitet. In der Regel werden ihre Daten/die Daten ihrer Mitarbeiter/innen – im Rahmen der zugewiesenen Zuständigkeiten – im Hause von unseren Beschäftigten verarbeitet. In Einzelfällen kann es jedoch möglich sein, dass Daten Externen verfügbar gemacht werden müssen, wie z. B.:

- EDV-Dienstleister (Auftragsverarbeiter im Sinne des Art. 28 DSGVO)
 - Steuerbehörden/Wirtschaftsprüfer, im Rahmen uns obliegender Verpflichtungen
- Eine Datenübermittlung an Drittländer oder an internationale Organisationen ist nicht vorgesehen.

Konkrete Dauer der Speicherung; bzw. Kriterien für die Speicherdauer

In der Regel werden Ihre Daten solange vorgehalten, wie Sie für die vorgenannten Verarbeitungszwecke erforderlich sind. Sobald die Daten für die genannten Verarbeitungszwecke nicht mehr benötigt werden, werden sie unverzüglich gelöscht bzw. anonymisiert (anonyme Daten können einer Person nicht mehr zugeordnet werden). Ausnahmen dazu ergeben sich aus für uns verbindlichen Sonderregelungen. Das sind z. B. das Handelsgesetzbuch (§257), das Einkommensteuergesetz und das Medizinproduktegesetz.

Hinweis auf Rechte der Betroffenen

Gemäß Art. 13 II b der Datenschutzgrundordnung (DSGVO) haben Sie folgende Rechte. Möchten Sie eins dieser Rechte in Anspruch nehmen, wenden Sie sich bitte an unseren Verantwortlichen.

Auskunft (Art. 15 DSGVO und §34 BDSG)

Sie haben das Recht auf Auskunft über Sie betreffende personenbezogene Daten, die erhoben, verarbeitet oder ggf. an Dritte übermittelt werden.

Widerspruch (Art. 21 DSGVO und §36 BDSG)

Sie haben das Recht gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, soweit die Verarbeitung auf der Grundlage von Art. 6 (1) e oder f DSGVO erfolgt.

Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Sie haben das Recht auf Datenübertragung über Sie betreffende personenbezogene Daten, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben. Damit können Sie beantragen, dass wir diese Daten entweder Ihnen oder, soweit technisch möglich, einer anderen Stelle übermitteln.

Löschung (Art. 17 DSGVO und §35 BDSG)

Nach Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen haben Sie ein Recht auf Löschung Ihrer Daten.

Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

In besonderen Fällen haben Sie das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung. Dies ist dann der Fall, wenn die Datenverarbeitung unrechtmäßig sein sollte, Sie die Richtigkeit der erhobenen Daten bestreiten oder ein Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben. Ebenso können Sie eine Einschränkung der Verarbeitung verlangen, wenn die Daten aufgrund der Zweckerreichung einer Löschpflicht unterliegen, Sie sie jedoch zur Geltendmachung von rechtlichen Ansprüchen benötigen. Eine Einschränkung der Verarbeitung müssen Sie beantragen.

Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie haben das Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten.

Bereitstellung der für die Abwicklung des jeweiligen Auftrages notwendigen Daten sowie Folgen, die eine Nichtbereitstellung nach sich zieht

Für die Abwicklung des Auftrages ist die Bereitstellung von personenbezogenen Daten gesetzlich bzw. vertraglich vorgeschrieben. Falls Sie die notwendigen personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann eine Beauftragung bzw. der Einsatz des/der betroffenen Mitarbeiter/s/in im Hause nicht erfolgen.

Hinweis auf Beschwerderecht bei der zuständigen Behörde

Sie haben das Recht, Beschwerde bei der/den Aufsichtsbehörde/n einzulegen:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

und die Informationsfreiheit

Königstr. 10 a

70173 Stuttgart

Telefon 0711 615 541 - 0

Fax 0711 615 541 - 15

Email poststelle@fdi.bwl.de